

men, den Einsparungsbetrag von 2 Mrd.NT\$ auf 1,5 Mrd.NT\$ zu senken. Doch waren diese Bemühungen vergeblich. Für Forschungen auf dem Gebiet von Flüssigkristallanzeigen (LCD) stehen statt 600 Mio.NT\$ nur noch 430 Mio.NT\$ zur Verfügung. (NfA, 4.6.93)

Insgesamt sind die Ausgaben des MOEA um 9 Mrd.BT\$ gekürzt. Betroffen von den Einsparungen sind auch andere Ressorts wie Verteidigung (5,5 Mrd.NT\$), Finanzen (4 Mrd.NT\$), Innenpolitik (2,1 Mrd.NT\$), Verkehr (2 Mrd.NT\$), Bildung (1,7 Mrd.NT\$) und Außenpolitik (0,6 Mrd.NT\$). -ni-

*(36)

Neues Programm zur Wirtschaftsbelebung

Taiwans Wirtschaft soll in den nächsten drei Jahren mit einem Konjunkturprogramm wieder in Schwung gebracht werden. Oberstes Ziel ist, die private Investitionstätigkeit anzuregen und wieder auf durchschnittliche Zuwächse zwischen 10% und 15% zu bringen. Die Regierung erhofft sich von dem Programm eine Stabilisierung der Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts auf jährliche Werte von 6% bis 7%.

Das von der obersten Planungsbehörde Taiwans, dem Council for Economic Planning and Development (CEPD), ausgearbeitete Programm wurde am 1.Juli vom Exekutiv Yuan (Regierung) bereits gebilligt. Seine Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Grund und Boden, Arbeitskräfte, Finanzen, Geld und Kredit, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, öffentliche Infrastrukturvorhaben, Beziehungen zur VR China, Internationalisierung von Wirtschaft und Handel sowie Effizienz der Verwaltung.

Die einzelnen Programmpunkte sind im Grundsatz nicht neu. Eines der drängendsten Probleme, die Beschaffung von Land für industrielle Vorhaben, soll u.a. durch die Bereitstellung von 300.000 ha öffentlichen Grund und Bodens wenigstens teilweise gemildert werden. Die Central Bank of China (CBC) will Unternehmen durch ein erhöhtes Geldangebot den Zugang zu Krediten erleichtern. Beim Kauf von Automationsausrüstungen kommen

Firmen drei Jahre lang in den Genuß von Nachlässen bei der Körperschaftsteuer; außerdem erhalten sie für die Entwicklung von Hochtechnologieprodukten eine fünfjährige Steuerbefreiung. Für den gleichen Zweck will das Kabinett zusätzlich Mittel seines Entwicklungsfonds einsetzen.

Öffentliche Infrastrukturvorhaben sollen in ihrem Volumen reduziert werden. Darüber hinaus will der CEPD private Unternehmen verstärkt zu Vorhaben im Kraftwerksbau bewegen. Taiwans chronische Personalknappheit soll durch höhere Quoten für ausländische Arbeitskräfte bekämpft werden. Die Regierung will zwar den Umweltschutz verstärken, doch soll er sich an den wirtschaftlichen Bedürfnissen orientieren. Schließlich sind mehr Importe von Halbfertigwaren aus China vorgesehen.

Die Meinungen zum Konjunkturprogramm sind geteilt. Für die Regierung sind die Maßnahmen ein wichtiger Schritt in die Richtung, Taiwan zu einem Zentrum für die Hochtechnologiefertigung sowie für Transport, Finanzen und allgemein die regionalen Unternehmensaktivitäten zu machen. Andere Stimmen sind weniger euphorisch. Eine der führenden Wirtschaftszeitungen des Landes, die *Commercial Times*, überschreibt ihre Berichterstattung mit "Alte Rezepte, neue Verpackung". Auch die Geschäftswelt zeigt keine ungeteilte Freude. Ohne eine effiziente Regierung könne kein Konjunkturprogramm erfolgreich sein, heißt es. (NfA, 11.6.93; vgl. ZYRB, 9., 15.6., 2., 3.7.93; LHB, 8., 14.6., 1.-2.7.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Politisches Aprilwetter bei den sino-britischen Verhandlungen über Hongkong

Das sino-britische Komitee zur Überwachung des Bauprojekts des neuen internationalen Flughafens für Hongkong hat nach einer siebenmonatigen Zwangspause infolge des politischen Streits zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Chris Patten über

die Wahlreform der britischen Kolonie kurz vor der Rückgabe an China (1997) seine Arbeit wieder aufgenommen. Am 18. Juni wurde Übereinstimmung über den Baubeginn eines Tunnels unter dem Hongkonger Hafen erzielt. Mit einem Kostenvolumen von 905 Mio.US\$ gehört der Tunnelbau zu den zehn Schlüsselprojekten des Flughafenbaus (22,5 Mrd.US\$). Der Auftrag ging an ein Konsortium, an dem sich ein chinesisches Unternehmen, die China International Trust and Development Corp., zu 48% beteiligt. (AWSJ, 21.6.93; IHT u. FT, 19./20.6.93)

Ein weiteres Anzeichen von Versöhnung war das wiederaufgenommene Zusammentreffen der Sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe vom 21. bis 23. Juni, die ihre Verhandlungen über die Übergabe Hongkongs ebenfalls wegen des Zwistes zwischen Beijing und Patten ein halbes Jahr lang unterbrochen hatte. Allerdings konnte in den wichtigen Punkten kein neues Übereinkommen erlangt werden. (DGB, 25.6.93; AWSJ, 24.6.93)

Ergebnislos verliefen ebenfalls die 5. und 6. Runde der sino-britischen Verhandlungen zur Beilegung des Streits über die Wahlreform in Hongkong, die vom 14.-16. und vom 23.-25. Juni in Beijing stattfanden. Neue Unstimmigkeiten entstanden sowohl durch die seit Ende Mai beginnende Diskussion über die Wahlreform im Legislativrat von Hongkong als auch durch den Beschluß des Chinesischen Nationalen Volkskongresses vom 23. Juni über die Bildung einer Arbeitsgruppe für die Vorbereitung zur Gründung eines "Vorbereitungskomitees zur Übernahme von Hongkong". -ni-

*(38)

Zugang für Chinas Unternehmen zu Hongkongs Börse

Die Börsenaufsichtsbehörden von China und Hongkong haben nach einjährigen Verhandlungen einen Vertrag unterzeichnet, der die Notierung chinesischer Unternehmen an der Börse in Hongkong reglementiert. Neun der größten - und erfolgreichsten - Staatsunternehmen aus China haben bereits ernsthaftes Interesse angemeldet. Der Vertrag soll vor allem die Investitionen internationaler Anleger gegenüber gesetzlichen Unsicherheiten in China ab-

sichern und den chinesischen Unternehmen den Zugang zu harten Währungen erleichtern.

Das Abkommen schafft für die Chinesen andere Voraussetzungen als für übrige internationale Firmen, die an den Hongkonger Markt drängen. So müssen chinesische Unternehmen etwa für drei Jahre einen in Hongkong ansässigen Bürger nennen. Zudem sollen die chinesischen Unternehmen für ihre in Hongkong notierten Anteile eine nach internationalen Regeln aufgestellte Bilanz vorlegen, während sie innerhalb Chinas weiterhin die sehr unklaren und dehnbaren chinesischen Regeln benutzen können. Um Anlegern in Hongkong im noch sehr rudimentären gesetzlichen Umfeld Chinas die Möglichkeit zu geben, Reklamationen im Börsengeschäft einzuklagen, wird eine Schiedskommission eingesetzt, für die in China 200, in Hongkong 100 unabhängige Fachleute abrufbereit sind.

Den chinesischen Unternehmen werden allerdings auch Anreize geboten, die anderen internationalen Firmen nicht zur Verfügung stehen. Während Ausländern eine Primärnotierung in Hongkong nur gewährt wird, wenn sie mindestens 25% ihrer Anteile in der Kronkolonie anbieten, reichen für die Chinesen bereits 10% (oder mindestens 50 Mio.HK\$). Zudem dürfen die chinesischen Unternehmen ihre Aktien in Hongkong in ihrer eigenen Landeswährung - dem Yuan - anbieten, müssen allerdings die Dividenden in harten Währungen auszahlen.

Das Abkommen macht den chinesischen Aktienmarkt für Außenstehende noch verwirrender als er ohnehin schon ist. Künftig wird es drei Sorten chinesischer Aktien geben: An den Festlandmärkten Shanghai und Shenzhen werden die "A-Aktien" gehandelt, die in Yuan notiert und nur für chinesische Kunden vorgesehen sind. Daneben gibt es dort die "B-Aktien", die in Hartwährungen denominated sind und nur an Ausländer verkauft werden dürfen. Nun wird es noch die "H-Aktien" geben, die in Hongkong in Yuan notiert und ebenfalls nur für Ausländer gedacht sind.

Neun der größten Staatsunternehmen in China haben schon Anträge gestellt, an der Börse in Hongkong auftreten zu dürfen. Zwei davon haben bereits ihre Genehmigungen und werden in den

nächsten Wochen auf den Markt gelangen: Das Brauereiunternehmen Tsingtao Brewery mit einer Aktienaufflage über 600 Mio.HK\$ und das Konglomerat Shanghai Petrochemicals mit der größten geplanten Auflage von 2,5 Mrd.HK\$. Insgesamt werden die neun Unternehmen eine Börsenkapitalisierung von etwa 30 Mrd.HK\$ einbringen.

Der Hongkonger Börsenvorstand erhofft sich von dem neuen Abkommen auch die Lösung eines Problems, das in den letzten Jahren immer mehr Sorgen bereitet hat: Chinesische Unternehmen hatten einen Weg gefunden, "durch die Hintertür" an die Hongkonger Börse zu kommen. Sie kauften sich in Hongkong eine kleine Firma, die zwar keinerlei Aktiva besaß, aber an der Börse notiert wurde. Hinter diesem Firmenmantel konnte dann die eigentlich nicht solvente Tochter in Hongkong Aktiva der Mutter in China aufkaufen. Für die Unternehmen in China hatte das zwei Vorteile: Auf der einen Seite konnten sie so Teile ihrer Aktiva legal in Devisen verwandeln, auf der anderen Seite wurden diese Aktiva dem Einfluß und der Kontrolle der chinesischen Behörden entzogen. Bereits seit einigen Wochen haben die Behörden in Hongkong deutlich gemacht, daß sie diese Transaktionen am Rande der Legalität nicht mehr lange dulden würden. Jetzt steht den chinesischen Firmen der legale, aber auch kontrollierbare Weg an die Börse in Hongkong offen. (NZZ, 25.6.93) -ni-